

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1889

5.10.1889 (No. 272)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 5. Oktober.

N^o 272.

Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf. 1889.
Einkaufsgebühr: die gewöhnliche Petitzelle oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter'm 30. September d. J. gnädigt geruht, dem Regierungsrath August Roth bei der Generaldirektion der Staatsbahnen die Leitung der Abtheilung für das Gütertarifwesen bei genannter Direktion zu übertragen.

den Finanzinspektor Julius Schulz unter Verleihung des Titels eines Regierungsassessors zum Kollegialmitglied bei der Generaldirektion der Staatsbahnen, den Obergerichtspräsidenten Dr. v. Donneschingen zum Finanzinspektor,

den Oberzolllinspektor Hermann Barth in Stühlingen zum Obergerichtspräsidenten in Donaueschingen,

den Stationskontroleur Zolllinspektor Daniel Schäfer in Posen zum Oberzolllinspektor beim Hauptsteueramt Stühlingen zu ernennen; endlich

dem Stationskontroleur Zolllinspektor Karl Josef Müller in Köln den Rang eines Hauptamtsverwalters zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter'm 30. September 1889 gnädigt geruht, dem Privatdozenten Dr. Vessel-Hagen an der Universität Heidelberg den Charakter als außerordentlicher Professor zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter'm 30. September 1889 gnädigt geruht, den Professor Karl August Mayer an der Höheren Bürgerschule zu Weinheim bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit in den Ruhestand zu versetzen.

Nichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 4. Oktober.

In Frankreich sind bekanntlich am nächsten Sonntag die Stichwahlen für die Deputirtenkammer statt. Das Eigentümliche an diesen Stichwahlen ist, daß nicht jene zwei Kandidaten, welche die meisten Stimmen erhalten haben, mit Ausschluß aller anderen in die Wahl kommen, sondern daß einfach eine zweite Wahl stattfindet, bei welcher nicht nur die früheren Kandidaten, sondern auch die Bewerber nicht zurückziehen, wieder in Frage kommen, sondern auch, wie diesmal das Wahlgesetz bedeutet wird, neue Kandidaturen von den Präfekten in die Listen eingetragen werden können. Dieses kommt insbesondere jenen bei der ersten Wahl durchgefallenen Kandidaten zugute, denen ein neuer Wahlkreis angeboten wird, um ihnen doch noch den Eintritt in das Parlament möglich zu machen. Zu diesen Kandidaten scheint übrigens Herr Ferry nicht zu gehören; es ist nicht bekannt geworden, daß derselbe sich nach seiner Niederlage in Saint-Denis in einem anderen Wahlkreise aufstellen ließ, und es wird also wohl dabei bleiben, daß er keinen Sitz in der neuen Kammer einnimmt. Die Republikaner sehen dem Tage der Stichwahlen mit der Zuversicht entgegen, daß er ihr entscheidendes Uebergewicht über die antirepublikanische und boulangistische Opposition besiegeln werde, und es läßt sich nicht leugnen, daß die republikanischen Aussichten für die Stichwahlen diesmal ganz ausnahmsweise günstige sind. Die Republikaner sind in den meisten Fällen einig, während in den Reihen ihrer Gegner Uneinigkeit und Zerfahrenheit herrscht. Mit wenigen Ausnahmen haben alle republikanischen Kandidaten, die beim ersten Wahlgange nicht begünstigt waren, sich zurückgezogen, so daß derjenige, der die meisten Stimmen erhielt, allein dem konservativen oder dem boulangistischen Kandidaten gegenübersteht und alle republikanischen Stimmen auf sich vereinigen wird. Die zurückgetretenen republikanischen Kandidaten haben überall den Wählern empfohlen, für den einzigen, gemeinsamen Kandidaten der republikanischen Partei zu stimmen, gleichviel ob derselbe der gemäßigten oder der radikalen Partei angehört, und bei diesem geschlossenen Vorgehen sind die Republikaner in den weitaus meisten Wahlkreisen gegen die Konservativen und Boulangisten im Vorteil. Dazu kommt, daß der Muth der republikanischen Wähler durch das Wahlergebnis vom 22. Septbr. gehoben worden ist, während die Wähler der Gegenpartei entmutigt worden sind. Bei den Boulangisten kommt zu der Entmutigung noch die Geldnoth. Die unbekanntenen Gönner des Boulangismus, die vor dem 22. September so freigebig mit Beiträgen zum Agitationsfonds waren, sind zurückhaltend geworden, seit sie sehen mußten, daß das Geld nutzlos angewendet ist; in den Kreisen der boulangistischen Wahlkomitès herrscht Ebbe, mehrere boulangistische Kandidaten können die Drucker, welche ihnen die Wahlausrufe liefern sollten, nicht bezahlen, und Boulanger hat Mühe gehabt, die

Mittel aufzutreiben, um wenigstens an den Hauptpunkten den Kampf im zweiten Wahlgange zu bestehen. Im monarchistischen Lager hat der Entschluß des Grafen von Paris, an dem Bündnisse mit Boulanger festzuhalten, eine direkte Auflehnung gegen die Weisungen des Parteichefs zur Folge gehabt; ein Theil der Parteigenossen weigert sich, noch länger Hand in Hand mit einem Manne zu gehen, der in der öffentlichen Meinung Frankreichs gerichtet ist. Die Unzufriedenheit über das Bündniß mit den Boulangisten war schon vor dem 22. September im monarchistischen Lager groß; sie ist aber zum vollen Ausbruch gekommen, seit man gesehen hat, daß die Bevölkerung sich von dem Boulangismus abgewandt und der General seinen Werth als Bundesgenosse eingebüßt hat. Eine große Anzahl einflussreicher konservativer Blätter protestirt in der entschiedensten Weise gegen die fernere Unterstützung Boulangers und eine Reihe monarchistischer Kandidaten weigert sich, zu Gunsten boulangistischer Bewerber zurückzutreten.

Nach den statistischen Ausweisen für das erste Halbjahr 1889 hat sich der italienische Außenhandel im Ganzen und im Vergleich zu den Ergebnissen des Vorjahres in bemerkenswerther Weise gehoben, und zwar sowohl in der Aus-, wie in der Einfuhr. Im Handelsverkehr zwischen Italien und Frankreich tritt ein Rückgang der französischen Einfuhr nach Italien in 63 von 89 Waarenklassen hervor, unter denen die Industrieprodukte überwiegen. Dagegen zeigen nur 26 Waarenklassen, und zwar zur Hälfte Rohstoffe, eine meist nur mäßige Steigerung der Einfuhr. Auf der anderen Seite ist die Einfuhr italienischer Produkte nach Frankreich in zahlreichen Güterklassen wiederum gestiegen; unter letzteren befinden sich, neben wichtigen Bodenprodukten, auch gewerbliche Erzeugnisse von Belang. Die Einfuhr Italiens nach Deutschland weist in mehreren, und zwar den wichtigsten Güterklassen, wie Wein, Olivenöl, Esenzen, Rohseide, Schwefel, Agrumen, Käse, Butter, sowie auch in einigen gewerblichen Erzeugnissen eine Steigerung auf.

Deutschland.

* Berlin, 3. Okt. Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin werden, soweit bis jetzt bestimmt, morgen Nachmittag von Ludwigslust aus mit den Damen und Herren Allerhöchsthres Gefolges mittelst Extrazuges nach dem Neuen Palais bei Potsdam zurückkehren. Ueber die Zeit der Ankunft der Kaiserlichen Majestäten in Potsdam ist Näheres noch nicht bekannt.

Ihre Majestät die Kaiserin Augusta wird bis zu Ende des Monats November in Baden-Baden verbleiben und dann mit Gefolge zum Winteraufenthalt nach Berlin zurückkehren.

Ihre Majestät die Kaiserin Friedrich stattete gestern Nachmittag bei den Erbprinzenlichen Sachsen-Meininger Herrschaften einen längeren Besuch ab. Am Abend hatte Ihre Majestät den Oberzeremonienmeister Grafen zu Eulenburg, sowie den Oberstallmeister v. Rauch und dessen Gemahlin mit Einladungen zum Thee beehrt.

Der Bundesrath hielt heute Nachmittag eine Plenarsitzung, in welcher im wesentlichen die nähere Zusammenfassung der Ausschüsse erledigt wurde. Es erfolgte eine Mittheilung über die Bildung der Ausschüsse für das Landheer und die Festungen und für das Seewesen durch kaiserliche Ernennung der Mitglieder, sowie die Bildung für Zoll- und Steuerwesen, für Handel und Verkehr, für Eisenbahn, Post und Telegraphen, für Justizwesen, für Rechnungswesen, für auswärtige Angelegenheiten, für Elsaß-Lothringen, für die Verfassung und die Geschäftsordnung. Eine Vorlage betreffend die Ueberficht über die Reichsausgaben und Einnahmen für das Etatsjahr 1888/1889, ein Antrag betreffend die Erledigung von drei Rathsstellen beim Reichsgericht gingen an die zuständigen Ausschüsse. Schließlich wurden geschäftliche Angelegenheiten erledigt.

Mehrere hiesige Blätter berichten übereinstimmend, daß dem Bundesrathe eine Vorlage wegen Errichtung einer subventionirten Dampferlinie nach Ostafrika zugegangen sei. Der „Post“ wird in dieser Hinsicht geschrieben:

Die Gründe, welche die Regierung zu diesem Schritte bewogen, dürften verschiedener Natur sein, und man wird erst die Vorlage abwarten haben, ehe sich überblicken läßt, ob diejenigen politischen oder wirtschaftlichen Natur das Uebergewicht hatten. Bei den früheren seitens der Kolonialfreunde unternommenen Anregungen konnten sich die Regierungsoffiziere darauf berufen, daß der deutsche Import aus Ostafrika und der afrikanischen Diktate ein zu unbedeutendes sei, um die Subvention zu rechtfertigen, und daß der deutsche Besitz wohl nach jahrelanger Kulturaktion einer direkten Verbindung mit dem Mutterlande bedürftig sei. In der Mitte der achtziger Jahre befand sich zudem die Diktate Ostafrika's in einer Unruhe, welche in Westafrika noch fühlbarer war, und es war nicht abzusehen, wann sich die allgemeine Lage bessern würde. Da Export- und Importlisten über den Handel Ostafrika's nicht veröffentlicht wurden, so war es unmöglich, den Handel zu beurtheilen, auch nach der Richtung seiner

eventuellen Ausdehnung. Der letzte Geschäftsbericht der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft hat nun als Import- und Exportziffer aus dem Küstengebiet eine Summe von fast 7 Millionen Mark angegeben, welche das Gebiet in kommerzieller Entwicklung doch bedeutender erscheinen läßt, als früher angenommen wurde. Von den Exporten hat aber wegen der durch die Umladung entstehenden Frachten nur ein kleiner Theil — abgesehen von Elfenbein, Kautschuk und Kopal — den Export nach Europa gelohnt und verschiedene Produkte, welche früher exportfähig waren, sind es in der letzten Zeit nicht mehr geblieben. Der Export Westafrika's nach Deutschland hat sich infolge der von Jahr zu Jahr sich bessernden Dampferverbindungen in der letzten Zeit bedeutend gehoben, daß anzunehmen ist, dieselbe Erscheinung werde sich auch in Ostafrika wiederholen, wenn erst eine direkte Verbindung der Kolonien mit dem Mutterlande hergestellt ist. Es dürfte also der von verschiedenen Seiten früher befürwortete Plan einer Zweiglinie des Norddeutschen Lloyd, welche von Aden nach Sansibar gehen sollte, zu Gunsten einer umfassenden Linie aufgegeben sein, welche noch über Sansibar hinaus nach einem südlichen Hafen gehen und ihren Ausgangspunkt wahrscheinlich von Hamburg nehmen würde, da der ostafrikanische Handel sich in Hamburg konzentriert. Denn Mozambique hat sich seit einigen Jahren auch wirtschaftlich gehoben, wie ja auch die portugiesische Regierung eine neue subventionirte Dampferlinie nach dort geschaffen hat. Deutschland käme, und dies ist ein Beweis dafür, daß die Regierung nicht überreift an die Bearbeitung der Vorlage gegangen ist, erst in dritter Linie, was die subventionirten Dampferlinien nach Ostafrika anbetrifft. Die alte englische Zweiglinie der British India-Linie von Aden nach Sansibar ist subventionirt und die neue direkte Linie London-Mombasa-Sansibar, welche bald ihre Thätigkeit beginnen wird, ebenfalls. Die französische Regierung subventionirt die direkte Linie der Messageries maritimes, welche bekanntlich von Marseille nach Sansibar-Madagascar führt. Die Einbringung der Vorlage wird sicher viele Kolonialfreunde, welche über den Gang der Kolonialpolitik verstimmt waren, wieder mit neuen Hoffnungen erfüllen, wenn auch das Bedauern darüber nicht unterdrückt werden soll, daß man schon im Jahre 1887, als Herr Grad die Nothwendigkeit einer besseren direkten Verbindung Ostafrika's mit Deutschland im Reichstage betonte, sich zur Errichtung einer subventionirten Dampferlinie hätte entschließen sollen, wodurch vielleicht die Verhältnisse in Ostafrika eine andere Wendung genommen hätten.

Nach einer Meldung aus Madrid hat die „Frene“ mit Seiner Königlichen Hoheit dem Prinzen Heinrich von Preußen an Bord gestern Malaga verlassen und ist in östlicher Richtung weitergesegelt.

Die kommissarischen Verhandlungen zwischen Vertretern des Finanzministeriums und der übrigen Verwaltungszweige über den preussischen Staatshaushaltsetat, welche in den früheren Jahren stets Ende September zu schließen pflegten, sind, wie der „Nat.-Ztg.“ berichtet wird, bis jetzt noch nicht beendet und die Etatsarbeiten etwas im Rückstande. Es liegt das darin, daß eine Reihe von Punkten unerledigt geblieben ist, über welche sich der Finanzminister die Entscheidung vorbehalten hatte.

Nach einer als zuverlässig geltenden Mittheilung der „Kieler Zeitung“ bleibt die Viehausfuhr nach England verboten.

Zur Förderung der deutschen Fischereijocherei in der Nordsee war im preussischen Etat für 1889/90 die Herstellung eines Fischereihafens am Norddeich bezw. bei Norderney vorgeschlagen und die dazu erforderlichen Mittel für die Anlagen bei Norddeich auf 900 000 Mark, für diejenigen auf Norderney auf 700 000 Mark veranschlagt worden. Zur Ausführung dieses Planes sind vom preussischen Landtage bereits zwei Raten, die erste zu 600 000, die zweite zu 800 000 Mark bewilligt worden und dürfte der nächste Etat den Rest der zum Bau nöthigen Summen auswerfen. Was nun die Ausführung des Baues betrifft, so ist der Fischereihafen auf Norderney bereits im vorigen Jahre in Angriff genommen worden. Für denjenigen am Norddeiche war der Beginn der Arbeiten zum Frühjahr des laufenden Jahres ins Auge gefaßt. Da indessen die Verhandlungen mit der Reichsregierung weit später als erwartet zum Abschluß kamen, so mußte die Inangriffnahme der Arbeiten an dieser Stelle bis zum nächsten Jahre ausgesetzt werden. Es ist deshalb wahrscheinlich, daß der im preussischen Etat seinerzeit in Aussicht genommene dreijährige Termin für die Ausführung der Bauarbeiten sich als zu kurz gegriffen herausstellen könnte.

Die konservative Partei des preussischen Abgeordnetenhauses hat außer dem Tode des Rittergutsbesizers Karl Schulz noch den Tod des Vertreters des 11. Wahlkreises Breslau, Grafen Ewald Pfeil, der gestern auf Kreisezug im Alter von 62 Jahren verstorben ist, zu beklagen. Er war als Nachfolger des Abg. Frhn. v. Binde-Plendorf während der Jahre 1870 und 1871 Mitglied des Reichstags und gehörte zu der Abordnung, welche der Reichstag im Dezember 1870 nach Versailles geschickt hatte.

Ueberrnorgen geht von Hamburg aus auf dem Dampfer „Sansibar“ (der Firma Oswald gehörig) ein

Transport von acht Geschützen und von Munition für die Wisman-Expedition nach Sansibar, wo er Mitte November eintreffen wird. Führer des Transports ist, wie schon durch ein Privattelegramm gemeldet wurde, Lieutenant Fischer aus Frankfurt a. d. Oder.

— Bericht aus Sansibar zufolge war der Gesundheitszustand der Besatzungen der dort befindlichen kaiserlichen Kriegsschiffe Ende August d. J. ein guter. Im Landlazareth lagen nur 6 Mann, davon nur ein Fieberkranker von S. M. S. „Leipzig“, ein Ruhrkranker von S. M. S. „Pfeil“, ein in der Besserung befindlicher Typhuskranker und zwei Verletzte von S. M. S. „Carola“; schließlich der bei Tanga verwundete Matrose Hanschild von S. M. Kreuzer „Möwe“, dessen Arm erhalten geblieben ist. Diese niedrige Krankenziffer muß angesichts der in jenen Gewässern versammelten erheblichen Streitkräfte als eine ungewöhnlich günstige bezeichnet werden.

Hamburg, 3. Okt. Der Präsident des hanseatischen Oberlandesgerichts, Dr. Sieveking, schiffte sich heute auf dem Schnelldampfer „Augusta Victoria“ als Vertreter des Reichs zur Teilnahme an der Internationalen Konferenz der Seeverstaaten nach Washington ein.

Weimar, 3. Okt. Die Gesandtschaft des Sultans von Sansibar ist heute Nachmittag hier eingetroffen und wird morgen von Seiner Königlichen Hoheit dem Erbgroßherzog empfangen werden. (Seine Königliche Hoheit der Großherzog weilt zur Zeit in Castellamare bei Neapel.)

Oesterreich-Ungarn.

Peft, 3. Okt. In Ungarn wird die parlamentarische Kampagne — der Reichstag wird am 12. Okt. eröffnet — durch zahlreiche Rechenschaftsberichte und Programmreden der Abgeordneten und Minister in der Provinz eingeleitet. Ministerpräsident Tisza hat sich in Großwardein recht scharf gegen die rücksichtslose Kampfweise und die umstürzlerischen Tendenzen der radikalen Opposition ausgesprochen, wobei er auch ein Wort über die größere Siderung des Friedens einwarf. Thatsächlich ist Tisza wieder vollständig Herr der Lage. Der neue Justizminister Szilagyi, welchen die Opposition mehr oder weniger zu den Jhrigen zählte und mit dessen Eintritt in das Ministerium sie bereits einen starken Keil in dasselbe getrieben zu haben glaubte, scheint mehr Neigung zu einer Wendung nach rechts als nach links zu haben. Nächster Tage werden sich auch die Oppositionsführer Graf Apponyi, Franyi und Ugron hören lassen. Während aber die Organe der Opposition die Fortsetzung des persönlichen Kampfes gegen Tisza ankündigen, veröffentlicht der Reichstagsabgeordnete Bela Komjathy von der äußersten Linken im „Budapesti Ujsag“ eine Schilderung des Massenbesuchs bei Kossuth. Letzterer habe sich sehr bestimmt dafür ausgesprochen, den Kampf nur gegen Prinzipien, nicht gegen Personen zu führen, und die persönlichen Angriffe und die vehemente Debatte energisch verdammt. Der „Pester Lloyd“ fordert denn auch die Radikalen auf, Vernunft anzunehmen. Man müsse bei Zeiten vorbauen, damit das Zustandekommen von Reformen, nach denen die Nation sich sehnt, nicht wieder durch obstruktionistische Manöver feinerer oder gröberer Sorte verhindert werde.

— In Kürze haben wir gestern die Rede erwähnt, welche der ungarische Ministerpräsident Tisza in Großwardein bei dem ihm zu Ehren veranstalteten Bankett hielt. Aus dem telegraphischen Berichte des Wiener „Fremdenblattes“ haben wir nachstehend einige wichtigere Stellen aus der Ansprache des Herrn v. Tisza hervorgehoben. Tisza dankte für die überaus herzliche Begrüßung und erbat sich die Erlaubnis, wie vor wenigen Jahren auch bei dieser Gelegenheit sich über einige wichtigere Fragen zu äußern. Er sagte: Wie sich all das erfüllt, was ich vor einigen Jahren als damaliger Leiter des Finanzministeriums in Aussicht gestellt habe, darüber will ich nicht sprechen; die bereits geschaffenen Gesetze und die seitdem unterbreiteten Schlusrechnungen geben die Antwort darauf (Zustimmung), und eine Antwort wird auch das Budget geben, welches der Finanzminister in nicht langer Zeit der Gesetzgebung des Landes unterbreiten wird. Ueber die allgemeine politische Lage kann ich glücklicherweise mich dahin äußern, daß ich nichts zu sagen habe, denn ich kann nichts anderes thun, als mich denjenigen anzuschließen, die sich im Laufe des Sommers allenthalben in Europa äußerten und übereinstimmend der Ueberzeugung Ausdruck gaben, daß, obgleich die Verhältnisse nicht derartige sind, welche es den Staaten gestatten würden, der Aufrechterhaltung und Festigung ihrer Herrschaft zu entsagen, wir dennoch zuversichtlich hoffen können, daß der Friede gewahrt bleiben wird. (Lebhafte Genrufe.) Auch mit Bezug auf die allgemeine politische Lage unseres Vaterlandes will ich nur einige Worte sagen. (Hört! Hört!) Würde es doch in diesem Kreise, in welchem Jedermann die Ereignisse mit Aufmerksamkeit verfolgt, auch wenn ich es nicht sagte, Jedermann wissen, daß in der zweiten Hälfte der abgelaufenen Session der Versuch zur Schädigung der Konstitutionellen Grundprinzipien gemacht wurde. (So ist's!) Die Macht der Gesetzgebung und die Entscheidung über das Schicksal der Regierungen suchte man zu Gunsten einer Minorität zu erzwingen. (So ist's!) Es gelang dies damals nicht, es wird dies, glaube ich, niemals gelingen. (Lebhafte Beifall.) Aber der Versuch wurde gemacht. Wir können hoffen, wir können es aber nicht wissen, ob der Versuch nicht erneuert werden wird; Erscheinungen dafür, daß man mindestens den Kampf gegen die Person fortzusetzen beabsichtigt, liegen reichlich vor. Mit großer Konsequenz wurde der Angriff gegen meine Person gerichtet. Eine der Anschuldigungen, die ich nur berühren, in deren Widerlegung ich mich nicht einlassen will, war die, daß, seitdem ich an der Spitze der Regierung stehe, hinsichtlich der Rechte des Landes vom 1867r Ausgleich ein Rückschritt geschehen wäre; die Unwahrheit dieser Anschuldigung weiß und fühle ich so sehr und Jedermann kann sie fühlen, daß sich dagegen zu verteidigen eine Sünde wäre. (Lebhafte Beifall.) Die zweite Anschuldigung, die gegen mich erhoben wird, ist die, daß was es immer Schlechtes auch im Lande gebe, nur immer ein Einzelnr die Ursache sei. Bedenken jene Herren wieder nicht, daß sie nicht mich, sondern jene hervorragenden Männer unseres Vaterlandes beleidigen, die das Vertrauen der Krone auf den Ministerstuhl erhob und das Vertrauen

der Majorität dort festhält. (So ist's!) Aber sie bedenken eben nicht, was es heißt, von solchen Männern vorauszusetzen, daß sie nicht den Muth besitzen, einem in jeder Hinsicht abgenutzten Manne gegenüber zu erklären: „Wir sind mit Dir nicht einer Meinung, also entweder Du oder wir“ — vorauszusetzen, daß diese Männer zu Allem gute Miene machen, Freundschaft heucheln und nur auf geheimen Wegen ihn zu stürzen bestrebt sind. (Beifall.) Wer dies von jenen Männern voraussetzen im Stande ist, den beneide ich weder um seine Urteilskraft, noch um seine sonstigen Eigenschaften. Ich glaube, Sie werden darin mit mir übereinstimmen, daß wenn sich im Lande neuerdings derartige Erscheinungen zeigen sollten, der liberalen Partei daraus die neue Pflicht erwachsen würde, die Verfassung des Landes, die Achtung vor dem Gesetze zu verteidigen und nicht zu gestatten, daß der innere Friede gestört werde. (Lebhafte Zustimmung.)

Italien.

Rom, 3. Okt. Das Bankett, welches zu Ehren Crispi's in Palermo stattfinden wird, ist für den 14. Oktober festgesetzt. Zu dem Bankett, bei welchem Crispi eine Programmrede halten wird, sind zahlreiche Einladungen ergangen. Von Palermo aus wird sich Crispi, wie es heißt, nach Monza begeben und beim Besuch des Deutschen Kaiserpaars am königlichen Hoflager anwesend sein. — Der „Tribuna“ zufolge steht die zwischen Crispi und dem Prinzen Maffone vereinbarte Zusatzkonvention zu dem von Italien und Aethiopien abgeschlossenen Vertrage fest, daß die Blokade aufhört, ferner vereinbart sie die Regelung des Zolldienstes und Handelsverkehrs Italiens mit Aethiopien und den Nachbarländern und die Bestimmung neuer Grenzen. Endlich ist vereinbart, daß Italien bei Menelik durch einen Generalkonsul vertreten werde, und ein Schutzbündniß gegen gemeinsame Feinde geschlossen.

— Ueber den Handelsvertrag zwischen König Menelik und Italien wird der „National-Zeitung“ aus Rom geschrieben: „Dieser Vertrag ist schon in Afrika vom Grafen Antonelli abgeschlossen worden und würde unmittelbar nach der Ankunft der sasanischen Gesandtschaft in Italien unterzeichnet worden sein, wenn der Ministerpräsident nicht einige Änderungen hätte machen wollen, welche die Billigung des Vertreters des Königs Menelik fanden. Eine dieser Änderungen bezieht sich auf die Prägung einer neuen Münze für Abyssinien. In der römischen Münze wird ein italienischer Thaler geschlagen werden, der die Form und den Werth eines Maria-Theresienthalers haben wird, der einzigen Münze, die in Abyssinien im Umlauf ist. Auf der Vorderseite des neuen Thalers wird das Bildniß König Humberts mit der Umschrift: Umberto I re d'Italia und auf der Rückseite das italienische Wappen geprägt sein. Auf dem Rande wird anstatt des dreimaligen „Ferr“, das auf den italienischen Münzen zu lesen ist, eine andere Schrift eingravirt werden, die sich auf die afrikanischen Besitzungen bezieht.“ Außer diesem Handelsvertrag ist bekanntlich noch ein anderer Vertrag von vorwiegend politischer Bedeutung abgeschlossen worden, welcher Friede, Freundschaft und Bündniß zwischen den Königen Humbert und Menelik festsetzt. Hierüber meldet man dem genannten Blatt: „Auf Grund dieses Vertrags erkennt der Negus die Rechtsmäßigkeit des italienischen Besizes in Afrika an und König Humbert sichert ihm jene Protektion zu, von welcher bei dem offiziellen Empfang der Gesandtschaft im Quirinal die Rede war. Dieser Vertrag wurde abgeschlossen zwischen dem Grafen Antonelli, der mit den Vollmachten eines außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers ausgestattet war, und dem Könige Menelik. Beide Verträge sind in amharischer und italienischer Sprache abgefaßt. Sowie sie in Kraft treten, fallen natürlich alle Schranken und Abhissinien in dem europäischen Handel eröffnet. Alsdann können die Italiener, welche sich in Asmara niederlassen wollen, dies ohne weiteres ausführen, während sie bis jetzt durch ein Circularschreiben des Ministers des Innern zurückgehalten wurden, welches sie auf die Befahren aufmerksam machte, denen sie sich dort aussetzten, da es daselbst keine Civilregierung gebe und ein neuer Zusammenstoß mit Ras Alula wahrscheinlich sei. Graf Antonelli hat, wahrhaftig man müsse dem Menelik mißtrauen, abzuschwächen, eine Erklärung veröffentlicht: die Freundschaft Meneliks für Italien sei offen und ehrlich, Menelik sehe seit vielen Jahren in Beziehung mit Italienern, die ihm niemals zu Klagen Anlaß gegeben. Die Loyalität der Italiener, mit denen er verhandelt, habe ihn mit dem größten Vertrauen gegen Italien erfüllt. Antonelli fährt fort: „Anlässlich einer Empörung gegen den Negus Johannes sagte mir Menelik: Wenn ihn Italien mit etwas Waffen versähe, um nöthigenfalls den Negus anzugreifen zu können, und ihn beim Kampf um die Krone des „Königs der Könige“ unterstützte, so verspreche er dagegen, Italien die Okkupation der zur Vergrößerung seiner Kolonien notwendigen Strecken zu erleichtern; er werde sich auch durch einen Vertrag zur Begünstigung des italienischen Handels verpflichten. Ich kam damals sofort nach Italien, setzte der Regierung die Absichten Meneliks auseinander und kehrte mit Waffen und Munition nach Afrika zurück. In Schoa wurde mir ein Empfang zu Theil, wie bis dahin noch keinem Reisenden. Und da der Negus Johannes dem Könige Menelik schwere Strafen androhte, wenn er die freundschaftlichen Beziehungen zu Italien nicht löse, so empörte sich Menelik gegen den Negus und rückte ihm mit seinem Heer entgegen, um seinen geheimen Abkommen mit Italien nicht untreu zu werden.“ Der Graf Antonelli schließt mit der Versicherung, daß Dedihaft Makamen den mächtigsten Eindruck empfangen habe von seinen Besuchen in Neapel, Rom und den oberitalienischen Städten; daß er namentlich die Schiffe, die Festungswerke und das Kriegsmaterial bewundere.

Frankreich.

Paris, 3. Okt. Die Leiche des Generals Faidherbe ist heute Vormittag in der Geburtsstadt Faidherbe's, Lille, feierlich beigesetzt worden. — Bei dem gestrigen diplomatischen Empfang im Ministerium des Auswärtigen soll, wie der „Temps“ mittheilt, der deutsche Botschafter Graf Münster sein Bedauern darüber ausgesprochen haben, daß er in Paris von seinem Urlaub zu spät eingetroffen sei, um der Leichenfeier für den General Faidherbe beizuwohnen zu können. Zweifelhafte erscheint uns eine andere Meldung des „Temps“, der zufolge alle Vertreter der Mächte im Namen ihrer Regierungen dem Minister Spuller gegenüber ihre Genugthuung über den Ausfall der Wahl vom 22. September Ausdruck gegeben haben sollen. — Der Kriegsminister Freycinet hat versagt, daß der Doulangist Laifant in seiner Eigenschaft als Terri-

torialoffizier vor den Untersuchungs Rath gestellt wird. Das Urtheil wird wahrscheinlich auf Verabschiedung lauten. Laifant hat bekanntlich erklärt, er würde im Falle eines Krieges mit Deutschland sich als Landwehrbataillonschef zuerst gegen die inneren Feinde, die Minister, wenden.)

Großbritannien.

London, 3. Okt. Nach hier eingegangenen Meldungen haben gegen 10 000 Grubenarbeiter der Kohlengruben im Bezirk Bolton die Arbeit niedergelegt und verlangen eine Erhöhung ihres Lohnes. — Die konservative „St. James Gazette“ spendet dem demnächst aus seinem Amt ausscheidenden Lordmayor Whitehead das Lob, daß er seinen Posten, obwohl er ein eifriger Gladstonianer ist, mit Unparteilichkeit ausgefüllt habe. Die bessere Ausrüstung der Londoner Freiwilligen und seine schiedsrichterliche Thätigkeit in dem kürzlich beendigten Streit der Dockarbeiter seien Verdienste, welche auch seine politischen Gegner anerkennen müssen. — Als Verfasser des fälschlich Herrn Gladstone zugeschriebenen Artikels in der „Contemporary Review“ (über die Theilnahme Italiens an der Tripelallianz) gilt der bekannte radikale Abgeordnete Labouchere. Herr Labouchere ist nach seinen Leistungen im Parlament die Urheberhaftigkeit an dem Artikel allerdings eher zuzutragen als Gladstone.

Rußland.

St. Petersburg, 3. Okt. Der Großfürst und die Großfürstin Wladimir reisten heute in das Ausland ab.

Serbien.

Belgrad, 3. Okt. Dem Wiener „Fremdenblatt“ meldet man von hier, die Weigerung der Königin Katalie, die Bedingung des Königs Milan anzunehmen, daß, so wie er, auch sie nur zweimal jährlich zum Besuche des Sohnes nach Belgrad komme, sonst aber beide Theile dem Lande fernbleiben, werde von der Bevölkerung ungünstig aufgenommen, weil dadurch die Ansicht bestärkt wird, die Königin-Mutter wolle eine politische Rolle spielen. Es wird erwartet, daß König Milan die Bewilligung zur ausnahmsweisen Zusammenkunft der Mutter mit dem Sohne erteilen wird. Die Intervention des Metropoliten Michael steht wieder in Frage. Man glaubt, die Königin habe den Metropoliten wissen lassen, daß sie keinerlei Bedingungen annehmen werde. Man will sich der Metropolit einem Fiasco nicht aussetzen. Der getrigte Minister Rath hat sich ausschließlich mit der Armeereorganisation beschäftigt. Die neuerrichtete „Agence Belgrade“ meldet noch Folgendes: Die Regierungskreise legen der Anwesenheit der Königin-Mutter Katalie bei weitem nicht die Bedeutung bei, wie es die Korrespondenten auswärtiger Blätter darstellen. Die Regierung betrachtet die Angelegenheit als Privatfache der Eltern des Königs und verhält sich besonders jenseit, nachdem die Königin Katalie den Kompromiß nicht angenommen, vollständig passiv. Die Berichte auswärtiger Blätter sind theils übertrieben, theils meistens unrichtig oder sensationell. Kein Regent besuchte die Königin, auch nicht heimlich, wie z. B. der „Lloyd“ von Belimarkowitsch meldete.

Bulgarien.

Sofia, 3. Okt. Mit Radoslawoff ist auch der ehemalige Minister Zwantcheff, welche jüngst vom Kassationshofe zu zehn Tagen Gefängnis verurtheilt wurden, vom Prinzen auf Vorschlag des Justizministers begnadigt worden.

Amerika.

Washington, 4. Okt. (Tel.) Der Staatssekretär Blaine gab gestern den Theilnehmern an dem Kongresse der amerikanischen Staaten ein Bankett, welchem auch andere Mitglieder des Cabinets beiwohnten. Blaine brachte einen Trinkspruch aus auf die dauernde Freundschaft und das Gedeihen aller amerikanischen Staaten. Die Delegirten reisten heute früh ab, um die von Blaine veranstaltete vierzigtägige Rundreise durch die Vereinigten Staaten anzutreten. — Nach den letzten Nachrichten aus dem Staate Montana ist der demokratische Kandidat zum Gouverneur, der republikanische Kandidat zum Mitglied des Repräsentantenhauses gewählt worden. Die Stellung der Parteien in der Legislative ist noch ungewiß.

Beizungskammern.

Das zehnjährige Bestehen des Reichsgerichts in Leipzig feierte das Leipziger Tageblatt am 1. Oktober mit folgenden Bemerkungen: „Wir begehen heute einen Tag freudig patriotischer Erinnerung. Der Zeitraum von zehn Jahren ist verfloßen, seitdem als höchster Ausdruck der im Deutschen Reich erlangten Rechtsseinheit das Deutsche Reichsgericht in unserer Stadt feierlich eröffnet wurde. Eine bedeutungsvolle Phase der deutschen Einheit war damit abermals erreicht und einem tiefgreifenden Bedürfnis unseres Volkes Rechnung getragen. Vorher hatte zwar schon ein oberer deutscher Gerichtshof, das Reichs-Oberhandelsgericht, seinen Sitz in Leipzig gehabt, aber dessen hochverdienstvolle Thätigkeit hatte sich doch nur im Rahmen eng beschränkter Gesetze halten müssen. Mit dem Inkrafttreten der deutschen Justizgesetze und der Eröffnung des Reichsgerichts waren diese Schranken in weitem Umfange gefallen und einheitliches Recht auf den verschiedenen Gebieten des Straf- und Zivilprozesses wurde nimmermehr von einem gemeinsamen obersten Tribunal in letzter Instanz gesprochen. Gewiß werden Viele mit uns heute sich in jene festlichen Stunden zurückversetzen und einen Rückblick werfen auf die Zeit zwischen damals und jetzt. Zehn Jahre sind zwar im Vorflehen nur ein kurzer Zeitraum; er wird aber doch wohl ausreichen, um erkennen zu lassen, ob die guten Wünsche und Hoffnungen, welche an die Errichtung des höchsten deutschen Gerichtshofes geknüpft wurden, in Erfüllung gegangen sind. Es ist hier nicht der Ort und nicht unseres Amtes, irgend welche besondere Kritik an der Rechtsprechung des Reichsgerichts zu üben; wir wollen lediglich die Frage aufwerfen, ob das deutsche Volk dasjenige, was es vom Reichsgericht erwartet hat, verwirklicht gesehen hat oder nicht.“

Wir glauben mit voller Ueberzeugung diese Frage dahin beantwortet zu können, daß alle jene trohen Hoffnungen sich erfüllt haben. Man verlangte nach einem unbegrenzten Fortschritt des Reiches, nach einer schnellen, gerechten und unabhängigen Rechtspflege, man beghe die Zuversicht, daß das Reichsgericht eine Zeuge deutscher Gerechtigkeit und Wissenschaftlichkeit sein werde, und in dieser Zuversicht hat sich unser Volk nicht getrrt. Das Reichsgericht ist in Kranze der obersten Institutionen unseres deutschen Vaterlandes eine hellstrahlende Bieder geworden. Dank, voller Dank gebührt den Männern, die an der Erfüllung dieser Aufgabe mit allen ihren Kräften gearbeitet haben, vor Allem auch dem hochverehrten Manne und Ehrenbürger unserer Stadt, der noch heute trotz seines hohen Alters in strenger Pflichterfüllung an der Spitze des Reichsgerichts steht.

Zur Entwicklung des Parteiwesens in Deutschland hebt der „Hamburgische Korrespondent“ hervor: „Mit der festen Abgrenzung der Funktionen des Reiches und der Bundesstaaten hat zugleich der Gegensatz zwischen unitarischen und partikularistischen Tendenzen seine praktische Bedeutung in der Hauptsache verloren. Wirtschaftliche und soziale Aufgaben treten neben der Fürsorge für die äußere Sicherheit des Reiches seitdem mehr und mehr in den Vordergrund. Schon die Session ist wesentlich durch Strömungen dieser Art in Verbindung mit dem abnehmenden Bedürfnis, den Gedanken der deutschen Einheit praktisch zu betonen, hervorgerufen, und das Heidelberger Programm bezweckt in der Hauptsache nichts anderes, als die nationalliberale Partei auf die Höhe der sozialen und wirtschaftlichen Aufgabe der Gegenwart zu heben, ihr Programm den praktischen Bedürfnissen der Gegenwart anzupassen. Wer aber möchte im Ernst daran zweifeln, daß gerade die Fragen der Sozialpolitik und der Regelung des Wirtschaftslebens die Zukunft in noch ganz anderer Weise bewegen werden, als dies selbst in der Gegenwart geschieht? Die große Aufgabe, den berechtigten Wünschen der breiten Schichten der Bevölkerung auf Besserung ihrer Lage gerecht zu werden, ohne den gesunden Aufbau der Gesellschaft preiszugeben, welcher die Voraussetzung nicht nur für die Festigkeit und Stärke der staatlichen Institution, sondern für die geistliche kulturelle Gesamtentwicklung unseres Volkes ist, tritt sichtlich mehr und mehr in den Mittelpunkt des öffentlichen Lebens. Für tritt die andere Seite der Frage, die Abwehr der Umwälzung der die Staats-, Rechts- und Wirtschaftsordnung bedrohenden Bestrebungen, gleichfalls mit wachsender Bedeutung, zur Seite, während zugleich auf absehbare Zeit die Sorge für die äußere Sicherheit des Reiches in ungeschwächter Weise fortbauert. Es liegt auf der Hand, daß die Gemeinsamkeit der Auffassung in Bezug auf diese Aufgabe naher Zukunft für die Fortbildung des deutschen Parteiwesens nicht ohne praktische Bedeutung bleiben kann. Die Parteivorgänge im Königreich Sachsen, wo die Nothwendigkeit erhaltender Sozialpolitik nach ihren beiden Richtungen früher als anderswo sich überzeugend geltend gemacht hat, lassen den Weg erkennen, welchen die Entwicklung des Parteiwesens zu nehmen bestimmt ist. Daß damit der deutsch-freimüthigen Partei eine Ausicht auf eine günstigere Lage sich eröffnete, wird man nicht behaupten können.“

Die „Kreuzzeitung“ bemerkt zu dem gegen sie gerichteten Artikel des „Reichsanzeigers“: „Unsere Stellung gegen die veränderte Bedeutung des Kartells hatten wir, auf sachliche Gedanken uns gründend, aus fester politischer Ueberzeugung genommen. Seine Majestät der Kaiser und Königin sieht nach den im „Reichs- und Staatsanzeiger“ veröffentlichten Äußerungen in diesem Kartell eine den Grundsätzen seiner Regierung entsprechende Gestaltung. Wenn wir uns vor dieser allerhöchsten Kundgebung beugen, so ist das nur die Konsequenz der in jenen Artikeln von uns vertretenen Auffassung des Nationalismus und der selbstverständlichen Ausflus unserer festen und unwandelbaren Achtung vor der allerhöchsten Person.“

Die „Neue Freie Presse“ führt die fortschreitende Konsolidierung der türkischen Finanzen und den unverkennbaren Aufschwung der Verhältnisse in der Türkei, der sich insbesondere in der kretensischen Frage neu bewährte, auf die persönliche Fürsorge des Sultans zurück. Das Blatt bezeichnet insbesondere als erfreulich den Umstand, daß die türkischen Regierungskreise Freund und Feind in Europa wieder zu unterscheiden beginnen. Der Besuch des Kaisers Wilhelm in Konstantinopel erbringe dem Sultan den schmeichelhaftesten Beweis, daß Berlin die Türkei als einen ersten Faktor der europäischen Politik betrachtet, und dürfte daher beitragen, engere freundschaftliche Beziehungen zwischen der Pforte und dem Dreibund herbeizuführen.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 4. Oktober.

Gestern Mittag traf der Staatsminister Turban auf Schloß Baden ein. Seine königliche Hoheit der Großherzog konferirte nachmittags mehrere Stunden mit demselben. Gestern und heute hat Seine königliche Hoheit verschiedene Personen Audienz ertheilt und militärische Meldungen entgegengenommen.

Heute Mittag 1 Uhr kam Ihre Majestät die Kaiserin Augusta mit den höchsten Herrschaften auf das Schloß und verweilte einige Zeit vor Allerhöchstherr gewohnten täglichen Spazierfahrt.

Morgen früh hatte Seine königliche Hoheit der Großherzog die Absicht, nach Donaueschingen zu reisen und nach der dort auf 8 Uhr früh festgesetzten Ankunft die landwirtschaftliche Gausausstellung zu besuchen. Seine königliche Hoheit mußte zu Höchstem Bedauern diese Absicht aufgeben in Folge einer Erkältung, welche sich Höchstersehr vor einigen Tagen zugezogen hat und welche den Großherzog zur Schonung seines tatarhalschen Zustandes nöthigt.

(Dem „Badischen Militärvereinsblatt“) entnehmen wir folgendes, an das Präsidium des Badischen Militärvereinsverbandes gerichtete höchste Antwortschreiben seiner königlichen Hoheit des Großherzogs auf die zum Geburtsfeste dargebrachten Glückwünsche:

„Mein lieber Generalmajor z. D. von Deimling!

Die Glück- und Segenswünsche, welche Sie mit dem Gesamtpräsidium des Badischen Militärvereinsverbandes im Namen der Vereine des Landesverbandes aus Anlaß meines Geburtstages an mich gerichtet haben, verpflichten mich zu warmem Dank. Ich schätze den werthen Ausdruck der mir dargebrachten Huldigung in dankbarer Entfaltung und freue mich des erneuten Beweises treuer Hingebung und

Anhänglichkeit, der sich in dieser freundlichen Kundgebung bekündigt. Mit lebhafter Befriedigung habe ich aus Ihren Mittheilungen entnommen, daß die dem Landesverband angehörenden Militärvereine sich gerne des feillichen Tages erinnern, der sie in so großer Zahl hier zur Huldigung vor Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser vereinigte, und daß sie alle meine Absicht würdigen, ihnen dazu die Wege eröffnet zu haben. Ich wünsche, daß die Eindrücke dieses bedeutungsvollen Tages noch recht nachhaltige Wirkung üben mögen, damit der patriotische Geist, welcher so viele alte Soldaten hierher führte, sich mehr und mehr auf unsere Jugend übertrage und in derselben immer festere Wurzeln schlage. Ich baue auf diesen bewährten patriotischen Geist und ermahne die Vereine des Landesverbandes, ihn sorgfältig zu pflegen und vor Schädigung zu bewahren. Dem Präsidium danke ich bei diesem Anlaß für dessen erfolgreiche Thätigkeit und wünsche Ihnen Allen, noch recht viel Befriedigung in der Leitung des Landesverbandes erleben zu dürfen. Mit der Versicherung meiner besonderen Werthschätzung verbleibe ich

Ihr wohlgeleiteter
(gez.) Friedrich.“

□ (Schwurgericht.) 10. Fall. Anklage gegen den 29 Jahre alten Bildhauer Richard Franz Anton Haas jun. von hier wegen Meineids. Auf Antrag der Lebensversicherungs- und Ersparnisbank in Stuttgart als seiner Gläubigerin leistete Haas am 2. März v. J. vor dem Amtsgericht dahier den Offenbarungseid dahin, daß er außer den im Vermögensverzeichnis aufgeführten Gegenständen nichts mehr besitze, welcher Aussage gegenüber die Anklage behauptet, daß sie wesentlich falsch, indem Haas noch eine goldene Uhr nebst silberner Kette, einen Ring und einen Georgshäher im Besitz gehabt habe. Auf Vorhalt erklärte Haas, die genannten Gegenstände seien ihm von seinem Vater nur leihweise überlassen worden und habe er sie auch zur Zeit der Eidableistung gar nicht im Besitz gehabt. Nach dem Gang der Verhandlung kamen die Geschworenen zur Verneinung beider Schuldsfragen sowohl nach wesentlichem wie fabriziertem Meind. Den Vorsitz in der Verhandlung führte Herr Landgerichtsrath Weizel, die Anklage vertrat Herr erster Staatsanwalt Fieser, während Herr Anwalt Dr. Friedrich Weill die Vertheidigung übernommen hatte. — Unter demselben Vorsitz fand die Verhandlung des ersten Falles der Anklage gegen den 20 Jahre alten Goldarbeiter Georg Koch von Düren wegen Sittlichkeitsverbrechens statt. Das Ergebnis der geheimen Verhandlung war die Verurtheilung zu 1 Jahr Zuchthaus und 3 Jahren Ehrenverlust. Als Ankläger fungierte Herr erster Staatsanwalt Fieser, als Vertheidiger Herr Anwalt Ludwig.

□ (Eggstein, 4. Okt. (Luther-Festspiel.) Am kommenden Sonntag, 6. Oktober, findet in Eggstein die letzte Auf-führung des Luther-Festspiels statt.

□ (Offenburg, 3. Okt. (Theater.) — Schwurgericht. — Verein gegen Hausbettel.) Mit dem 1. Oktober begannen die Wintervorstellungen des Offenburger Stadttheaters unter Leitung des Herrn Alfred Böhm mit einem theilweise neuen Bühnenpersonal. — Dem gegenwärtig hier tagenden Schwurgericht lagen zur Verhandlung vier Fälle vor: wegen Körperverletzung mit nachgefolgtem Tod, wegen Verbrechens wider die Sittlichkeit, wegen Verleumdung durch die Presse und wegen Brandstiftung. Der erste Fall endigte mit einer Verurtheilung des Angeklagten zu 2 Jahren, der zweite zu einer solchen von 6 Monaten. Der dritte Fall hatte das Ergebnis, daß der Redakteur des hier erscheinenden „Südwestdeutschen Volksblattes, Azone, zu einer Geldstrafe von 30 M. verurtheilt wurde. — Der Verein gegen Hausbettel hatte im verfloffenen Monate an 86 Personen die Mittagskarte, an 292 Personen die Karte für Abendessen, Döbbsch und Frühstück gewährt und dafür im ganzen 124 M. 44 Pf. aufgewendet.

Verchiedenes.

W. Posen, 4. Okt. (Tel.) (Zugszusammenstoß.) Der gestern Abend 8 Uhr 25 Min. von hier abgegangene Personen-zug stieß, nachdem derselbe um 10 Uhr 26 Min. Lissa verlassen, nahe bei Loßwitz auf einen Güterzug. Von dem Zugpersonal sind vier todt, einer schwerverwundet, auch unter den Passagieren sind zahlreiche Verwundungen vorgekommen; authentische Details liegen noch nicht vor. Mehrere Schwerverwundete wurden hierher geschafft.

Wetterkarte vom 4. Oktober, Morgens 8 Uhr.



Ueberblick der Witterung. Die Luftdruckvertheilung hat sich abermals durchgreifend umgestaltet. Das Maximalgebiet im Nordosten behält fort, ein zweites hat sich über Sibierien ausgebildet. Die Depression, welche gestern über Mitteleuropa lag, ist ostwärts nach Polen fortgeschritten, jene im Nordwesten hat sich ausgebreitet und hat das gesamte Nordseegebiet in den Bereich seiner Herrschaft gezogen. In dem zwischen beiden Depressionen sich über Deutschland hinziehenden Streifen haben Druckes in Aufklaren und infolge der dadurch verstärkten nördlichen Ausstrahlung weiteres Sinken der Temperaturen eingetreten; auf dem ganzen übrigen Gebiete dauert dagegen das Regenwetter fort.

W. Eisenach, 3. Okt. (Die dritte Generalversammlung des Evangelischen Bundes wurde heute mit einer Feier auf der Wartburg beendet.)

W. London, 4. Okt. (Tel.) (Schiffszusammenstoß.) Eine Lloydbepfel aus Saint-Pierre auf der Insel Miquelon meldet, daß gestern Morgen dort ein Boot mit 17 Personen von der Mannschaft des französischen Dampfers „Geographique“ eintraf. Der Dampfer war Tags zuvor mit dem britischen Schiffe „Minnie Swift“ 40 Meilen westlich von Saint-Pierre zusammengestoßen. Das Boot meldet, daß beide Schiffe im Begriff waren, zu sinken. Zwei andere Boote befinden sich auf der offenen See mit den übrigen Mannschaften der beiden Schiffe. Mehrere Personen von der Mannschaft der „Geographique“ und 2 Frauen ertranken.

W. New-Orleans, 4. Okt. (Tel.) (Explosion.) Auf dem Dampfer „Corona“ sprangen in Port-Hudon am Mississippi die Kessel, wobei 40 Personen umgekommen sind.

Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Berlin, 4. Okt. Der „Reichsanzeiger“ meldet: Das Preisgericht für die Entwürfe zum Nationaldenkmal für Kaiser Wilhelm I. hat den Entwürfen der Architekten Wilhelm Kettig und Paul Faun (Berlin) sowie des Architekten Bruno Schmitz (Berlin) je einen ersten Preis zuerkannt. Je einen zweiten Preis erhielten die Entwürfe des Bildhauers Hildebrandt (Florenz), des Bildhauers Hilgers (Charlottenburg), des Professors Schaper (Berlin) und dessen Mitarbeiters Ferber, endlich Professor Schilling (Dresden) und dessen Mitarbeiter Schilling und Gräbner (Dresden).

Berlin, 4. Okt. (Privattelegramm.) Anlässlich der Beratungen der Preisrichter für das Nationaldenkmal Kaiser Wilhelms I. veranstaltete der Künstlerverein, gemeinschaftlich mit dem Architektenverein, gestern eine Abendzusammenkunft im Architektenhause, an welcher die Minister v. Boetticher und v. Goxler, der Präsident v. Lebehorn, Geheimrath Dr. Jordan, Stadtbaurath Klantenstein, Bildhauer Volz-Karlsruhe und andere Personen theilnahmen. Während der Tafel brachte der Staatsminister v. Boetticher einen Toast auf die Kunst aus, in welchem er hervorhob, die deutsche Kunst brauche sich nicht zu schämen, mit irgend einer Nation in Wettstreit zu treten. Professor Heyden brachte in kurzen Worten dem Minister v. Goxler seine Huldigung dar.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Gardner in Karlsruhe.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag, 6. Okt. 106. Ab.-Vorh.: „Siegfried“, in 3 Aufzügen, von Richard Wagner. Siegfried: Herr Max Albray, Großh. sächsischer Kammerfänger, als Gast. Anfang 6 Uhr.

Familiennachrichten.

Karlsruhe. Auszug aus dem Standesbuch-Register. Geburten. 30. Sept. Oskar Adolf, S.: Adolf Stoll, Kaufmann. — August Friedrich, S.: Friedrich Kemmlinger, Bahnhofsarbeiter. — 2. Okt. Jakob Hermann, S.: Franz Heil, Schlosser. — 3. Okt. Karolina, S.: Emil Wöhrer, Schuhmacher. — Eheaufgebote. 3. Okt. Georg Enoch von Brühl, Schlosser hier, mit Josefine Brandmeier von Inglingen. — Friedrich Wolf von Jöhlingen, Bierbrauer hier, mit Anna Widel von hier. — August Herbold von Grödingen, Bäcker hier, mit Anna Köser von Krumbach. — Johann Schindberger von Schlupfen, Bierführer hier, mit Margarethe Senfle von Wingen. — Max Braun von hier, Schlosser hier, mit Luise Schäfer von Obermutschelbach. Todesfälle. 4. Okt. Wilhelm, 3 M. 3 T., S.: August Gröbel, Bahnarbeiter.

Witterungsbeobachtungen der Meteor. Station Karlsruhe.

Oktober.	Barom. mm	Therm. in C.	Rel. Feucht. in %	Wind.	Witterung.	
3. Nachts 9 U.	750.3	+ 7.0	7.0	94	NE	w. bew.
4. Morgs. 7 U.	750.2	+ 4.0	5.5	90	—	klar
4. Morgs. 2 U.	748.7	+ 18.1	6.8	44	SW	w. bew.

Wasserstand des Rheins. Mainz, 4. Okt., Morgs. 3.94 m.

Frankfurter telegraphische Kursberichte.

vom 4. Oktober 1889.

Staatspapiere.		Bauaktien.	
4% Deutsche Reichsanleihe	107.80	Staatsbahn	198.40
4% Preuss. Konf.	106.60	Kombarden	105 3/8
4% Baden in fl.	103.10	Elbthal	191.60
4% „ in M.	104.70	Medlenburger	165.70
Deutser. Goldrente	94.40	Mainzer	124.90
Silberrent.	72.20	Lübeck-Wisch.-Hb.	196.50
4% Ungar. Goldr.	85.10	Gottthard	182.50
1877r. Russen	92.10	Wachsel u. Amstd.	169.02
1880r.	92.10	London	20.47
II. Orientanleihe	64.40	Paris	81.07
Italiener	92.90	Wien	171.50
Ägypter	92.60	Napoleonsb'or	16.23
Spanier	75.50	Privatbankkonto	4.—
Serben	82.20	Bab. Zuckerfabrik	108.50
Banken.		Kreditaktien	
Diskontokommandit	259 1/2	Kreditaktien	259 1/2
Basler Bankver.	168.—	Staatsbahn	199.30
Darmstädter Bank	166.20	Kombarden	106 1/2
5% Serb. Hyp. Ob.	83.40	Tendenz:	fest.
Berlin.		Wien.	
Def. Kreditakt.	162.90	Kreditaktien	305.20
Staatsbahn	99.90	Marknoten	58.65
Kombarden	52.90	Ungarn	99.80
Disk.-Kommand.	234.10	Tendenz:	stül.
Karlsruhe	120.50	Paris.	
Dortmunder	112.—	3% Rent.	87.26
Martensburger	65.30	Spanier	76.—
Böhm. Nordbahn	—	Ägypter	463.—
Tendenz:	—	Ottomane	550.—
Tendenz:		Tendenz:	

Todesanzeige.
 Freiburg. Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unseren innigst geliebten Gatten, Vater, Sohn, Schwiegersohn, Bruder und Schwager
Wilhelm Greiffenstein,
 Großherzogl. Obergewermeister und Domänenverwalter in St. Blasien, im Alter von 30 Jahren nach langem schweren Leiden heute in ein besseres Jenseits abzurufen.
 Freiburg, 3. Okt. 1889.
 Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:
 Antonie Greiffenstein, geb. Köfler. 3.7.

Tübingen, 3. Okt. 1889.
 Meine liebe Tochter
Emma
 ist mir in Florenz, auf einer Reise, unerwartet entrispen worden.
 P. Bierordt, geb. Senbert, Professors Witwe. 3.15.

Stellegefuch.
 3.16.1. Ein tüchtiger Bauführer, militärfrei, der sämtliche Klassen einer süddeutschen Baugewerkschule absolvierte, sucht alsbald passende Stellung. Offerten an die Expedition dieses Blattes unter Nr. 216.

Strafrechtspflege.
 Ladungen.
 9.957.2. Nr. 8562. Staufen. Der Geschäftsfreisende Johann Martin Grapp, 23 Jahre alt, von Mühlheim, zuletzt in Staufen, wird beschuldigt, als Erbschaftsbesitzer ohne Erlaubnis ausgemindert zu sein.
 Uebertretung gegen § 360 Nr. 3 des Strafgesetzbuchs.
 Derselbe wird auf Anordnung des Großh. Amtsgerichts hieselbst auf Freitag den 15. November 1889, Vormittags 10 1/2 Uhr vor das Großh. Schöffengericht Staufen zur Hauptverhandlung geladen.
 Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derselbe auf Grund der nach § 472 der Strafprozessordnung von dem Königl. Bezirkskommando zu Vöhrach ausgesprochenen Erklärung verurteilt werden.
 Staufen, den 1. Oktober 1889.
 Dufner, Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.

9.958.3. Nr. 11.677. Mannheim. Der am 28. Dezember 1853 zu Kastel geb. Kaufmann und Landwehrunteroffizier Friedrich Wilhelm Gottlieb Bombard und der am 22. April 1864 zu Karlsdorf geb. Metzger und Reservist Philipp Neigel, beide zuletzt hier wohnhaft, werden beschuldigt, daß sie, und zwar Bombard als beurlaubter Wehrmann, Neigel als beurlaubter Reservist ohne Erlaubnis Ende 1888 bzw. im Frühjahr 1889 ausgewandert sind.
 Uebertretung gegen § 360 Biff. 3 R. St. G. B.
 Derselben werden auf Anordnung des Großh. Amtsgerichts VI dahier zur Hauptverhandlung auf:
 Mittwoch den 13. November 1889, Vormittags 8 1/2 Uhr, vor das Schöffengericht dahier mit dem Aufsatze geladen, daß sie bei unentschuldigtem Ausbleiben auf Grund der vom Königl. Landwehrbezirkskommando Hamburg am 15. September l. J. ausgesprochenen Erklärung verurteilt werden.
 Mannheim, den 1. Oktober 1889.
 Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Doerr.

9.922.2. Karlsruhe.
Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.
 Wir haben im Submissionsweg zu vergeben:
 2600 Stück gewöhnliche eichene Stoßschwellen,
 700 " eichene Stoßschwellen,
 14500 " gewöhnliche eichene Zwischenschwellen,
 2900 " eichene Zwischenschwellen,
 24000 " gewöhnliche tannene Zwischenschwellen,
 400 " tannene Zwischenschwellen,
 50 " tannene Langschwellen,
 6 m lang.
 Angebote sind verschlossen verriegelt mit der Aufschrift „Schwellen“ versehen bis längstens
Montag den 14. Oktober d. J.,
 Vormittags 10 Uhr,
 bei uns einzureichen.
 Bedingungen werden auf portofreie Anfrage von der unterfertigten Stelle abgegeben.
 Karlsruhe, den 28. September 1889.
 Großh. Hauptverwaltung der Eisenbahnmagazine.

Todesanzeige.
 Heidelberg. Heute Nacht verschied sanft nach langen und schweren Leiden mein geliebter Gatte
Dr. med. Georg Nebel, prakt. Arzt,
 im Alter von 47 Jahren.
 Im Namen der Familie:
 Minna Nebel, geb. Pfifferling, nebst Kindern.
 Heidelberg, den 3. Oktober 1889.
 P. S. Die Beerdigung findet Samstag den 5. Oktober, Nachmittags halb 5 Uhr, statt. 3.8.

9.798.2. Karlsruhe.
Zucht-, Nutz- und Kleinviehmarkt
 Dienstag den 8. Oktober d. J.
 in den Räumen des städtischen Schlacht- und Viehhofes dahier.
 Karlsruhe, den 23. September 1889.
 Der Stadtrath.
 Lauter. Schumacher.

Die Bezirks-Sparkasse Fahr
 hat Gelder im Betrage von ca. Mt. 500,000.— gegen erste Sicherheit in größeren Posten zu günstigen Bedingungen auszuliehen.
 Anträgen mit genauer Auskunftserteilung sieht entgegen
 Fahr, 3. Oktober 1889.
 Die Verrechnung
 Theodor Leser. 3.2.1.

9.970. Nr. 24.896. Karlsruhe.
Allgemeine Versorgungs-Anstalt
 im Großherzogthum Baden zu Karlsruhe.
 Nach den Rechnungsergebnissen wachsende Leibrenten.
 Unsere Herren Vertreter wie unsere Hauptkasse sind ermächtigt, die auf 31. Dezember ds. J. verfallenden Renten schon
vom 15. Oktober l. J. an
 auszusahlen.
 Darstellungen, aus denen der Betrag der Renten zu ersehen ist, werden dabei unentgeltlich abgegeben.
Der Verwaltungsrath.

Berm. Bekanntmachungen.
Nutz- und Brennholz-Versteigerung.
 3.5.1. Nr. 559. Aus den Domänenwaldungen des Forstbezirktes Gengenbach werden mit Vorfrist bis 1. Juni 1890 im Gasthaus zum „Aler“ in Gengenbach versteigert:
Montag den 14. Oktober, Vormittags 10 Uhr: 9627 tannene Sägen, 4 Aborn-, Eichen- und Kastanien-, 15 Nussbaum- u. 5 Nussbaum-Stämme;
Dienstag den 15. Oktober, Vormittags 10 Uhr: 1572 Stier tannenes, 48 Stier sonstiges Scheitholz, 236 Stier schädelreines, 828 Stier tannenes und 54 Stier sonstiges Prügelholz;
Mittwoch den 16. Oktober, Vormittags 10 Uhr: 19800 Prügelwellen und 1 Loos birnenes Besenreis.
 Die Domänenwaldbütter Lehmann u. Müller in Fabrik-Nordrach, Niehle in Nordrach, Bäckle in Haigerach und Busler in Gengenbach zeigen das Holz vor und fertigen Auszüge.
 3.17. Karlsruhe.
Bekanntmachung.
 Aus dem von Seiner Königlichen Hoheit dem Höchstseligen Großherzog Ludwig gestifteten Fond für bedürftige Rabetten ist für das Halbjahr 1. Oktober l. J. bis 1. April l. J. eine Anzahl von Stipendien zu vergeben. Eltern und Vormünder badischer Rabetten, welche sich um ein solches Stipendium zu bewerben beabsichtigen, wollen ihre Gesuche längstens bis 20. Oktober d. J. bei der unterzeichneten Stelle einreichen und denselben die Nachweise über bezahlte Pensionsbeiträge für die Zeit 1. Oktober 1889 bis 1. April 1890 beifügen.
 Karlsruhe, den 3. Oktober 1889.
 Großh. Ministerium der Finanzen.
 Der Ministerialdirektor:
 v. Teuffel. Moser.

Subscription
 auf
Nom. 15,000,000 Reichsmark 3 1/2 proc. (Central) Pfandbriefe
 vom Jahre 1889
 emittirt von der
Preussischen Central-Bodencredit-Actiengesellschaft
 auf Grund des Allerhöchsten Privilegiums Sr. Majestät des Königs von Preußen vom 21. März 1870.

Der zur Subscription bestimmte Betrag bildet einen Theil der 3 1/2 procentigen Central-Pfandbrief-Anleihe vom Jahre 1889, welche die Preussische Central-Bodencredit-Actiengesellschaft auf Grund des Allerhöchsten Privilegiums vom 21. März 1870 (Gesetzsammlung von 1870 S. 253 ff.) emittirt. Die Anleihe soll den Betrag derjenigen Darlehensgeschäfte erreichen, welche bis zum Ende des Jahres 1891 abgeschlossen und als Deckung für die Pfandbriefe bestimmt werden.
 Die von ihr auszugebenden 3 1/2 procentigen Pfandbriefe vom Jahre 1889 werden auf den Inhaber ausgestellt und in Stück zu 5000, 3000, 1000, 500, 300, 100 Mark ausgefertigt. Sie sind von Seiten der Inhaber unkündbar und werden mit 3 1/2 Procent für's Jahr bis zum Tage ihrer Tilgung verzinst.
 Die Anleihe wird zum Nennwerth im Wege der Verlosung getilgt. Zu diesem Behufe hat die Gesellschaft jährlich wenigstens 1/2 Procent des Nominal-Betrages der Anleihe nebst den aus den eingelösten Pfandbriefen erparten Zinsen zu verwenden, dergestalt, daß die Tilgung längstens in 71 Jahren, vom 1. Januar 1893 ab gerechnet, vollendet sein muß.
 Im Monat März jeden Jahres, und zwar zuerst 1893 geschieht die Auslosung der zu tilgenden Beträge, worauf nach vorgängiger Bekanntmachung in den Gesellschaftsblättern die Rückzahlung der verloosten Pfandbriefe am folgenden 1. Oktober regelmäßig bewirkt wird.
 Die Zinscoupons werden in halbjährlichen Terminen am 1. April und 1. Oktober jeden Jahres nach Wahl der Inhaber in Berlin außer bei der Kasse der Preussischen Central-Bodencredit-Actiengesellschaft, bei der Direction der Disconto-Gesellschaft und bei dem Bankhause S. Bleichröder, in Frankfurt a. M. bei dem Bankhause M. A. von Rothschild & Söhne, in Köln bei dem Bankhause Sal. Oppenheim jun. & Co. und bei den sonst bekannt zu machenden Stellen eingelöst.
 Der Betrag von Nom. 15,000,000 Reichsmark wird in Berlin bei der Preussischen Central-Bodencredit-Actiengesellschaft, Direction der Disconto-Gesellschaft, " " " S. Bleichröder, " Frankfurt a. M. bei M. A. von Rothschild & Söhne, " Köln bei Sal. Oppenheim jun. & Co. zur öffentlichen Subscription unter nachstehenden Bedingungen aufgelegt:
 1. Die Subscription findet gleichzeitig bei den vorgenannten Stellen
am Montag den 7. Oktober und Dienstag den 8. Oktober 1889
 während der bei jeder Stelle üblichen Geschäftsstunden, an letzterem Tage bis 3 Uhr Nachmittags auf Grund des zu diesem Prospectus gehörigen Anmelde-Formulars, welches auch von den vorgenannten Stellen bezogen werden kann, statt. Einer jeden Anmelde-Stelle ist die Befugniß vorbehalten, die Subscription auch schon vor Ablauf jenes Zeitraums zu schließen und nach ihrem Ermessen die Höhe jedes einzelnen Betrages der Zuteilung zu bestimmen.
 2. Der **Subscriptionspreis** ist festgesetzt auf **99 Procent**, zahlbar in Reichsmark. Bei der Abnahme sind die Stückzinsen vom 1. Oktober 1889 bis zum Tage der Abnahme zuzuzahlen.
 3. Bei der Subscription muß eine Caution von fünf Procent des Nominalbetrages hinterlegt werden. Dieselbe ist entweder in Baar oder in solchen nach dem Tagescourse zu veranschlagenden Effecten zu hinterlegen, welche die Subscriptionstelle als zulässig erachtet wird.
 4. Die Zuteilung wird so bald wie möglich nach Schluß der Subscription erfolgen. Im Falle die Zuteilung weniger als die Anmeldung beträgt, wird die überschüssige Caution unverzüglich zurückgegeben.
 5. Die Abnahme der zugetheilten Stücke kann vom 14. Oktober d. J. ab gegen Zahlung des Preises (2) geschehen. Der Subscriber ist jedoch verpflichtet:
Ein Fünftel der Stücke spätestens bis einschließlich **31. Oktober 1889,**
Zwei Fünftel " " " " " **20. November 1889,**
Drei Fünftel " " " " " **20. Dezember 1889**
 abzunehmen. Nach vollständiger Abnahme wird die auf die zugetheilten Stücke hinterlegte Caution verrechnet, resp. zurückgegeben. Für zugetheilte Beträge unter 12,000 Reichsmark Nom. ist keine successive Abnahme gestattet, und sind solche spätestens bis einschließlich 31. Oktober 1889 ungeteilt zu reguliren.
 Berlin, im Oktober 1889.
Preussische Central-Bodencredit-Actiengesellschaft.
 Rüdorff. Bossart. Klingemann. 9.984.